

## Information über Beschluss mit Folgekosten

Hinweis: Bitte jedes der unten stehenden Felder befüllen!

Referat/e: Referat für Stadtplanung und Bauordnung	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): HA I/ 3	Federführung:
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Rahmenvertrag fließender Verkehr		

### 1. Aufgabe

#### 1.1 Beschreibung der Aufgabe:

Verkehrserhebungen im fließenden Verkehr (gemäß Beschluss vom 23.02.2011, Antragspunkt 4)  
Das Planungsreferat wird beauftragt, die zur Ermittlung der Verkehrsentwicklung erforderlichen Verkehrszählungen im Hauptverkehrsstraßennetz der Landeshauptstadt München ständig zu aktualisieren und mindestens im 5-Jahres-Rhythmus jeweils zu erneuern.

#### 1.2 Aufgabenart

Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	

#### Begründung:

Im Baugesetzbuch ist für die vorbereitende (Flächennutzungsplanung) und verbindliche Bauleitplanung (Bebauungsplan) festgelegt, dass bei der Bauleitplanung „die Belange des Personen- und Güterverkehrs und der Mobilität der Bevölkerung, einschließlich des öffentlichen Personenverkehrs und des nicht motorisierten Verkehrs unter Berücksichtigung einer auf Vermeidung und Verringerung von Verkehr ausgerichteten städtebaulichen Entwicklung“ zu berücksichtigen sind. Für die Berücksichtigung der verkehrlichen Belange bei der Bauleitplanung und die Bereitstellung von flächendeckenden Verkehrsanalysen und Verkehrsprognosen für den Bereich der LHM (z.B. für den Verkehrsentwicklungsplan, die Luftreinhalteplanung und die Lärminderungsplanung) ist es erforderlich, kontinuierlich den vorhandenen Verkehr durch Verkehrs- und Mobilitätserhebungen zu erfassen sowie ein Verkehrs- und Prognosemodell zur Abschätzung der verkehrlichen Auswirkungen von geplanten Infrastruktur- und Siedlungsentwicklungen bereitzustellen und kontinuierlich (ca. alle 5 Jahre) fortzuschreiben. Bei der Aufstellung der erforderlichen Datenbasis wird I/3 durch I/4 und I/2 inhaltlich und fachlich unterstützt. Vertretung örtlicher und überörtlicher verkehrlicher Belange.

Gesetzliche Grundlage: §1 Absatz 6 Ziffer 9 BauGBI

Der Sachmittelbedarf beträgt insgesamt 300.000 €, wovon in 2019 und 2020 jeweils 150.000 € anfallen.

#### 1.3 Auslöser des Mehrbedarfs

inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input type="checkbox"/>
---	---------------------------------------	---

#### Erläuterung:

Die im Beschluss (vgl. oben 1.1) ursprünglich geplante Finanzmittelversorgung aus dem laufenden Budget kann künftig nicht mehr sichergestellt werden, da durch Stadtratsbeschlüsse aus den Jahren 2016 und 2017 das laufende Budget 2019 inzwischen anderweitig eingesetzt wird.

Durch die Aufgabenmehrung im Rahmen der wachsenden Stadt und des deswegen erweiterten Personalkörpers werden zudem zusätzliche Verkehrserhebungen notwendig, die nicht mehr aus laufendem Budget gedeckt werden können.

Verkehrserhebungen bilden eine wesentliche Grundlage für die Ermittlung der Leistungsfähigkeit an Lichtsignalanlagen sowie der Berechnung von Aussagen zu Lärm und Luft. Des Weiteren sind die laufenden Verkehrserhebungen wesentliche Voraussetzung für die Erstellung, Pflege und Anwendung des Verkehrsmodells und damit die notwendige Basis für die Ermittlung von Verkehrsprognosen. Neben dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung nutzen weitere Referate und Eigenbetriebe wie das Kreisverwaltungsreferat, das Referat für Gesundheit und Umwelt, das Baureferat sowie die

Münchner Verkehrsgesellschaft die Erhebungsdaten in großem Umfang für die Bewerkestellung ihrer laufenden Aufgaben.

## 2. Finanzielle Auswirkungen

### 2.1 konsumtiv

2.1.1 Einzahlungen	€
2.1.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	€
2.1.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	€
2.1.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	€
2.1.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
2.1.2 Auszahlungen	150.000 €
2.1.2.1 Personalauszahlungen	€
2.1.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	150.000 €
2.1.2.3 Transferauszahlungen	€
2.1.2.4 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
<b>2.2 investiv</b>	
2.2.1 Einzahlungen	€
2.2.2 Auszahlungen	€

## 3. Geltend gemachter Bedarf (Ergebnis der Stellenbemessung)

geltend gemachter Stellenmehrbedarf	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR

## 4. Bemessungsgrundlage

Erläuterung der Bemessungsmethode und des Rechengangs:

## 5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung (Ausführungen sind zwingend erforderlich!)

5.1 Erläuterung der Alternativen zur Kapazitätsausweitung:

5.2 Beschreibung der Auswirkungen, wenn Zuschaltung nicht erfolgt:

## 6. zusätzlicher Büroraumbedarf

6.1 Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen:

Bedarf in qm:

6.2 Begründung/Berechnung:

